

KOMMENTAR

Terrorschutz ist Staatsaufgabe

Und damit auch die Kosten der Gefahrenabwehr

NICO BINDE

Wozu haben wir Nachrichtendienste und Verfassungsschutz, wenn nicht für ein Mindestmaß an Terrorabwehr? Zumal dieser Schutz vor einer diffusen Bedrohung neuerdings auch ganz konkret als Betonpoller oder Wassertank bei Volksfesten als „Maßnahmen zur Abwehr von allgemeinen Gefahren“ sichtbar wird. Insofern urteilt das Berliner Verwaltungsgericht richtig, wenn es den Anti-Terror-Schutz nicht dem Ausrichter eines Weihnachtsmarktes in Rechnung stellt, sondern der Stadt. Terrorabwehr ist Staatsaufgabe – Punkt.

Dass Veranstalter in Hamburg für erweiterte Sicherheitskonzepte und das Aufstellen von Betonpollern bisher zur Kasse gebeten werden, ist deshalb falsch. Vielmehr muss künftig klar und allgemein gültig definiert werden, wo Sicherheitskosten für Ausrichter (etwa mit Security) enden – und wo Terrorabwehr beginnt. Dann herrscht Klarheit, und man kann sich das unwürdige Gezerre sparen. Augenmerk sollte zudem auf effektivere Schutzmaßnahmen gelegt werden, denn Poller oder Tanks haben bestenfalls psychologischen Wert, im Ernstfall sind sie wirkungslos.

Zumal die Diskussion um die Kosten den Blick auf das Wesentliche vernebelt. Kein Anti-Terror-Poller hätte den Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz verhindern können; dort hat der Staat versagt, nicht der Veranstalter. Als ein funktionierender Sicherheitsapparat gefragt war, kollabierte er. Noch immer macht es fassungslos, dass Attentäter Anis Amri monatelang überwacht wurde – und trotzdem morden konnte. Nichts schadet dem Sicherheitsgefühl mehr als der sich verfestigende Eindruck, der Staat könne den bestmöglichen Terror-schutz nicht gewährleisten. Deshalb muss das Vernetzen der Verfassungsbehörden Priorität genießen, nicht der Zank um klare Staatskosten. Denn das ist kleines Karo – und schlicht zu billig.

Seite 11 Bericht

ZITAT DES TAGES

Wenn Verhandlungen jetzt beginnen, wird auch nicht nachverhandelt, sondern wird ein Verhandlungsbeginn gestartet

SPD-Chef Martin Schulz auf Warnungen der Union, der Sondierungsvertrag könne nicht „nachverhandelt“ werden

DEUTSCHSTUNDE

Es ist noch kein Meister aus dem Duden gefallen

Neben der alltäglichen Norm der Rechtschreibung gibt es **Feinheiten**, an denen selbst Experten scheitern

PETER SCHMACHTHAGEN

Um es klar zu sagen: Es dürfte nur wenige Experten unter uns geben, mich eingeschlossen, die ein schwieriges Diktat ganz ohne Fehler zu Papier bringen können. Dazu stehen bei der deutschen Rechtschreibung zu viele Fallen und Stolpersteine im Weg. Es gibt Leute, die wollen es zur Diktat-Meisterschaft auf Bundesebene bringen und trainieren am Wochenende in Spezialkursen, strucheln dann aber beim vierten Bindestrich in der Fügung „Start- und Landebahn“ (obwohl nach Hamburger Übung bereits drei Bindestriche medaillenverdächtig sind).

Doch mit den Meistern der Orthografie (oder, um keinen Ärger zu bekommen: mit den Meistern und Meisterinnen) wollen wir im Alltag gar nicht mithalten. Wir spielen ja auch mit dem Nachbarn ab und zu eine Schachpartie, ohne die Spielstärke von Weltmeister Magnus Carlsen anzustreben oder gar zu erreichen.

Doch das Beherrschen eines durchschnittlichen Kanons der Rechtschreibung, und zwar in einer Norm, die von den Kultusministern, in der Schule, im Berufsleben oder vom Empfänger unse-



toonpool/KOUFOGIORGOS

LEITARTIKEL

Unglückliche Katholiken

Das Erzbistum macht beim Management seiner **finanziellen Probleme** Fehler

LARS HAIDER

Misswirtschaft ist ein Begriff, der in Hamburg bisher im Zusammenhang mit dem HSV, der HSH Nordbank und der frühen Elbphilharmonie gebraucht wird. Jetzt kommt eine Institution dazu, die so recht nicht in die Reihe passen will. Die katholische Kirche, genauer gesagt das Erzbistum Hamburg, macht Schlagzeilen, die man von anderen erwartet hatte – aber nicht von einer Glaubensgemeinschaft, die ja zugleich und weltweit wie ein großer Konzern aktiv ist.

Schon als bekannt wurde, wie schwierig die finanzielle Situation des Erzbistums ist und wie sich diese weiter verschlechtern könnte, war man als Beobachter überrascht: Warum hat das denn keiner bemerkt? Wie konnten die Kosten für Pensionen und Investitionen in einer Weise ansteigen, dass das Erzbistum von heute auf morgen alles, was es macht und hat, auf den Prüfstand stellt? Wer hat da nicht aufgepasst?

Die Antworten auf diese und weitere Fragen liegen in der Vergangenheit, genau wie die Anfänge des Missmanagements, dem sich der relativ neue Erzbischof und seine Führung gegenübersehen. Dafür können die handelnden Personen wenig. Sie müssen die schwierigen Probleme jetzt irgendwie managen – und dabei aufpas-

sen, nicht selber Fehler zu machen. Die ersten sind leider schon passiert: Zumindest war die Art und Weise, wie das Erzbistum die Betroffenen erst über die Pläne für Schulschließungen und dann über die Schließungen selbst informierte, unglücklich. Wie kann es sein, dass der Schulsenator nach eigenen Aussagen davon allein aus der Zeitung erfuhr? Wieso hat die Kirche nicht versucht, frühzeitig Kontakt zur Stadt und der Schulbehörde aufzunehmen, um zu sehen, ob und was man gemeinsam für die betroffenen Schulen und gegen Schließungen machen kann?

Das wäre eine normale wie mehrfach praktizierte Vorgehensweise gewesen, genauso wie der Versuch, Eltern, Schüler und Lehrer in die Lösung der Probleme einzubinden. Viele Hamburger, die ihre Kinder auf eine katholische Schule schicken, machen das ja in großer Überzeugung von deren Leistungsfähigkeit. Deshalb ist davon auszugehen, dass sie auch bereit wären, in einer Lage wie der aktuellen zu helfen,



Der Autor ist Chefredakteur des Hamburger Abendblatts

und zwar nicht nur mit tröstenden Worten. Diese Chance hat man leider im ersten Versuch vertan. Stattdessen stehen die Eltern wie gestern Abend vor der Kirche und protestieren gegen deren Schulpläne. Und der Senator, ein zugänglicher Politiker, ist zu Recht verstimmt. Zumindest das hätte nicht sein müssen, wenn sich alle Beteiligten zusammengesetzt hätten.

Ließ die wirtschaftliche Lage der Kirche nicht einmal dafür die Zeit? Die überstürzt wirkenden Aktionen werden auch den Schulen schaden, die nicht von Schließungen bedroht sind. Ausgerechnet in der Anmeldephase für das neue Schuljahr sind viele Eltern verunsichert, was auf ihre Kinder zukommen könnte. Schulleiter berichten davon, dass es ihnen schwerer fällt, neue, junge Kollegen anzuwerben. Von jetzt auf gleich ist das Image des katholischen Schulwesens in einer Form beschädigt, die nicht angemessen ist und die nicht nötig gewesen wäre.

Kommt hinzu, dass es für eine alles in allem ja nicht arme Kirche schwer zu begründen ist, dass sie in sozial schwächeren Stadtteilen, ja vor allem dort, Schulen schließt, weil diese „wirtschaftlich nicht tragfähig“ sind. Das kann bei einem herkömmlichen privaten Schulträger ein Argument sein. Aber bei der katholischen Kirche?

Seite 13 Berichte

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Zweite Liga ist Unsinn

22. Januar: „Alle beim HSV haben versagt. Gisdols Aus – der Abstieg aus der Bundesliga naht“

Diesem Kommentar kann man nur zustimmen. Der Vorschlag, man solle sich doch in der Zweiten Liga sportlich und wirtschaftlich neu aufstellen, ist vor allem wirtschaftlich Unsinn. In der Zweiten Liga würden circa 50 Millionen fehlen. Hier steckt die naive Vorstellung dahinter, dass ein Abstieg wie ein grippaler Infekt sei. Schwierige Zeit, aber danach kommt man gestärkt wieder. Eintracht Frankfurt (4 Abstiege), Köln (5 Abstiege), Kaiserslautern (3 Abstiege) haben Jahrzehnte benötigt, um sich nach ihrem Abstieg wieder aufzustellen, Köln steht schon wieder am Abgrund, und der FC Köln ist in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Mal abgesehen davon gibt es keine Garantie zu einem sportlichen Wiederaufstieg. Natürlich ist der Markenkern „immer Erste Liga“ für den HSV auch eine Belastung, und das Heer von Trainern, Sportdirektoren und Vorstandsvorsitzenden in den letzten Jahren lässt einen als Fan/Mitglied auch den Kopf schütteln. Nichtsdestotrotz lässt der HSV anscheinend niemanden kalt, anders ist dieses ständige Bashing kaum zu interpretieren. Der HSV bietet großen Unterhaltungswert und gehört auch deswegen immer in die Erste Liga.

Chris Dasch, Saulgrub (Ammergebirge)

Kirche auf dem Irrweg

20./21. Januar: „Konsequenzen aus Überschuldung: Katholische Kirche schließt bis zu acht Schulen in Hamburg“

Sämtliche katholische Schulen meiner Schulzeit und die meiner Kinder werden, wenn dieser Beschluss so realisiert wird, geschlossen werden. In vielen Stadtteilen wird es keine weitere schulische Betreuung von einkommensschwächeren Familien mehr geben. Ein Businessplan ersetzt die Grundwerte eines im Alltag gelebten Glaubens. Dieser Weg ist ein Irrweg und sollte möglichst laut hinterfragt werden.

Markus Erich-Delattre, Hamburg-Altona

Erzbistum Hamburg schließen

Die Finanzkrise des Erzbistums Hamburg ist offensichtlich das Resultat verfehlter Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre. Die jetzt getroffenen Maßnahmen zeugen fast von Hilflosigkeit, wenn nicht Panik. Die Art und Weise, wie das Bistum sein Vorgehen kommuniziert, lässt nicht nur die betroffenen Lehrer vor dem Scherbenhaufen ihrer Arbeit stehen, sondern beleidigt auch die Eltern, denen das besondere Engagement der Lehrer Schulgeld wert war. Aber es reicht nicht, besonders nicht in den eher nicht so zahlungskräftigen Stadtteilen. Es sind wohl ausschließlich wirtschaftliche Aspekte für die Entscheidung der Schulschließungen herangezogen worden, keine Spur von sozialer Verantwortung. Wenn ausschließlich wirtschaftliche Gründe die Handlungsweise bestimmen, dann drängt sich eine ganz andere Frage auf: Hamburg hat gerade mal zehn Prozent Katholiken. Ein eigenes Bistum ist da unwirtschaftlich. Das Erzbistum Hamburg kann man dabei gleich mit abwickeln. Die wenigen Katholiken lassen sich auch von den Nachbarbistümern mitverwalten, und zwar viel ökonomischer.

Klaus-Martin Otte, per E-Mail

PRESSESCHAU

Zum Wandel in Deutschland

Deutschland steht kurz vor einem politischen Generationenwechsel. Selten verdichtete sich die Ahnung so sehr zur Gewissheit wie auf dem SPD-Parteitag. Mit dem Jusos-Vorsitzenden Kevin Kühnert und der Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles auf der einen Seite und SPD-Chef Martin Schulz auf der anderen prallten unterschiedliche Energielevel so direkt aufeinander wie selten zuvor. Das Phänomen beschränkt sich nicht auf die SPD, es nimmt auch in Jens Spahn, Christian Lindner oder Alexander Dobrindt Gestalt an. Die alte Garde ist am Ende: stilistisch, rhetorisch, mit den Kräften. Neue kommen – und schicken sich an, die Merkel'sche Mittererepublik abzubauen und die deutsche Politik wieder zu polarisieren. Keine Frage: Wollen die Volksparteien überleben, müssen sie durchlässiger werden, schneller, effizienter. Sie brauchen den Energieschub der Jüngeren. Doch der Weg von der Geste zur Politik führt über Spiegelstri-

Wer ist für Defizit verantwortlich?

Und wieder leistet sich die katholische Kirche einen Skandal. Wegen Überschuldung werden acht von 21 katholischen Schulen geschlossen. Die Schließung betrifft Schulen in nicht gerade wohlhabenden Stadtteilen. Werden die Verantwortlichen für das über Jahre hinaus entstandene Defizit zur Verantwortung gezogen oder müssen ausschließlich Kinder, Eltern und engagierte Lehrer für die Versäumnisse büßen? Dieses entspricht nicht den Grundüberzeugungen des Katholizismus. Gerade an Kindern hat die katholische Kirche sehr viel zuzumachen.

Margrit Dzienian, Buchholz i. d. Nordheide

Kaum noch echte Politiker

20./21. Januar: „Mach den Dobrindt. Der kategorische Imperativ der heutigen Politik lautet: Rabatz first. Und am Ende vielleicht alle überraschen...“

Unfassbar gut und richtig! Überraschend! Schade, dass es inzwischen kaum noch „echte“ Politiker gibt, wie Willy Brandt, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher, Heiner Geißler oder meinetenweg auch Frauke Petry, die Visionen hatten und Rückgrat und „machten“. Das führt zu Politikverdrossenheit und am Ende zur Wahl von Leuten wie Donald Trump, Viktor Orbán, Sebastian Kurz, etc., denn die „machen endlich mal was“ und tun dabei so, als würden sie das alles für die Menschen machen, für das Volk, für die Nation, für die glorieiche Geschichte usw. Aktuell hat der als Verkehrsminister krachend gescheiterte Politikerdarsteller Alexander Dobrindt scheinbar vor allem den Auftrag, eine Koalition zu verhindern und so Merkel abzuschießen. Denn das lenkt von den CSU-Problemen ab. Und ein Horsti vergibt nie. Bayern first, das heißt keine Experimente. Die Landtagswahl naht. Was interessieren da übergeordnete Themen oder Anstand?

Frank Thumb, Hamburg

Vorschlag mit Zukunft

19. Januar: „Ersetzt ein Tunnel die Köhlbrandbrücke? Instandhaltung ab dem Jahr 2030 nicht mehr wirtschaftlich. Eine Machbarkeitsstudie soll bis März vorliegen“

Das ist endlich ein guter, zukunftsorientierter Vorschlag, von denen es in der Hamburger Verkehrspolitik mangelt. Dieser Plan sollte erweitert werden mit der gleichzeitigen Nutzung eines Köhlbrand-Tunnels für die Verlängerung der U4 nach Finkenwerder, die jetzt ja kümmerlich an den Elbbrücken endet. Sie muss verlängert werden über Steinwerder (U-Bahnhof für Hafen und Kreuzfahrt-Passagiere) nach Finkenwerder mit Ende bei Airbus. Ein Stadtteil und eine personalstarke Firma, die bisher keinen leistungsfähigen Anschluss an das Hamburger U- oder S-Bahn-Netz haben. Olaf Scholz kann damit zeigen, dass er nicht nur 60.000 neue Wohnungen bauen will, sondern auch deutlich mehr Kilometer U-Bahn flächendeckend in Hamburg schafft.

Dr. Thomas Palaschewski, Pinneberg

Die Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten. Briefe auch auf www.abendblatt.de Schreiben Sie an brieft@abendblatt.de oder per Post an das Hamburger Abendblatt, 20445 Hamburg

che und Verhandlungen, nicht über Revolutionen. Und das ist auch gut so. DER TAGESSPIEGEL

Zur Lage in Syrien

Die Konstellationen des Krieges mögen sich in Syrien ändern. Der Krieg aber bleibt. Die Türkei und die syrischen Kurden bilden derzeit nur eine Front. Wenige Kilometer östlich von Afrin stehen sich türkische und amerikanische Soldaten gegenüber, am Euphrat im Osten Syriens iranische und amerikanische Einheiten. Unmittelbar vor den Golanhöhen haben sich iranische Revolutionswächter eingegraben, die Israel bedrohen. Die Vergangenheit hat gezeigt, wie nahe Syrien an Europa liegt. Jede neue militärische Aktion schafft neue Flüchtlinge. Auch in Afrin, wo viele Syrer aus Aleppo Zuflucht vor dem Krieg gefunden haben. Sie wollen sich jetzt nicht von der Türkei „befreien“ lassen. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

„Vereinbart ist vereinbart“

Unionsfraktionschef **Volker Kauder** fordert schnelle Koalitionsverhandlungen und beharrt auf dem Sondierungsergebnis

JOCHEN GAUGELE UND
KERSTIN MÜNSTERMANN

BERLIN :: Am Morgen danach steht Volker Kauder noch unter dem Eindruck des SPD-Sonderparteitages. Der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag ahnt: Der Weg zur nächsten großen Koalition ist schwer zu überschauen.

Hamburger Abendblatt: „Es ist offenkundig, dass die SPD auf Bundesebene auf absehbare Zeit nicht regierungsfähig ist“ – sprach Kanzlerin Merkel nach der Bundestagswahl. Haben Sie beim jüngsten Sonderparteitag der Sozialdemokraten auch diesen Eindruck bekommen?

Volker Kauder: Die SPD hatte einen schwierigen Parteitag. Aber ich bin froh, dass am Ende der Weg für Verhandlungen über eine Regierungsbildung freigelegt wurde.

Der Parteitag hat denkbar knapp für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union gestimmt, die Zweifel bleiben erheblich...

Die Sondierungsgespräche haben gezeigt, dass wir genügend Gemeinsamkeiten haben, um dem Land eine gute Regierung zu stellen. Nun müssen wir unsere Absprachen vertiefen und konkretisieren. Dabei muss der Wille deutlich werden, dass wir zum Wohl der Bürger und des Landes zusammenarbeiten wollen. Am Ende der Verhandlungen müssen wir eine gemeinsame Vorstellung entwickelt haben, wie wir das Land voranbringen wollen. Die Herausforderungen sind ja riesengroß. Parteien sollten da nicht in erster Linie auf sich blicken.

Das wird nicht reichen, um die nächste Hürde zur großen Koalition zu nehmen: die Befragung der SPD-Mitglieder...

Ich finde, dass die SPD in den Sondierungsverhandlungen doch einiges für sich verbuchen kann, wie auch wir für uns. Trotzdem ist die SPD uneins. Die Nein-Sager dort argumentieren aber gar nicht mit dem Sondierungsergebnis. Sie meinen vielmehr, dass die SPD derzeit grundsätzlich nicht in ein Bündnis mit der Union gehen sollte – egal, was in den Gesprächen herausgekommen ist. Die Union, selbst wenn sie es wollte, könnte die Jusos doch nie mit mehr Zugeständnissen überzeugen. Das ist doch eine Fundamentalkritik, die da in der SPD geäußert wird.

Die SPD will „verhandeln, bis es quietscht“, hat Fraktionschefin Nahles angekündigt. Wann quietscht es denn?

Wir werden mit der SPD respektvoll reden. Aber in den Sondierungsgesprächen haben wir bereits die wichtigsten Grundsatzentscheidungen getroffen. Schauen sie sich einmal die Präambel des Papiers an, wo mehrfach von „Wir wollen“ gesprochen wird. Das Papier ist die Grundlage für einen Koalitionsvertrag. Das war unser gemeinsames Verständnis vor zehn Tagen. Auch die Union hat in den Sondierungen schmerzliche Dinge zugestanden, zum Beispiel bei der Rente. Das war nur vertretbar, weil die Wirtschaft sich weiter gut entwickelt. Auch die Einführung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung ist schwierig, weil dies zu einer Erhöhung der Arbeitskosten führt.

Ist das Sondierungsergebnis ein vorgezogener Koalitionsvertrag? Oder sind Nachbesserungen möglich?



„Es wurden doch auch 2017 rund 190.000 neue Asylanträge registriert. Das ist eine mittlere Großstadt“: Unionsfraktionschef Volker Kauder - hier beim Interview in seinem Büro - lehnt Nachverhandlungen bei der Zuwanderung ab.

Amin Akhtar

Das Sondierungsergebnis ist ausgewogen. Da kann man nicht einseitig den einen oder anderen Punkt wieder verändern. Wir reden natürlich mit der SPD über die Fragen, über die sie reden will. Aber klar ist: Was wir vereinbart haben, ist vereinbart, weil es eben gemeinsame Grundsatzentscheidungen sind.

Werden die Koalitionsverhandlungen dann nicht zur Farce?

Schauen Sie das Sondierungspapier an. Viele Bereiche müssen noch vertieft werden. Wir müssen vor allem genauer beschreiben, wie Deutschland im Zeitalter der Digitalisierung seine Spitzenstellung verteidigen kann. Das ist die Herausforderung schlechthin.

Die SPD will auf heikleren Feldern nachbessern: Gesundheit, Arbeitsmarkt, Zuwanderung. Wir sollten gar nicht über Nachbesserung sprechen. Das Sondierungspapier ist die Grundlage für eine Koalition.

Was heißt das konkret für die Gesundheitspolitik? Die SPD hätte am liebsten eine Bürgerversicherung. Sind Sie bereit, Kassenpatienten besserzustellen?

Ich führe Koalitionsverhandlungen nicht in der Öffentlichkeit. Ich bitte alle Seiten, jetzt verbal eine Umdrehung zurückzudrehen. Bei der Gesundheitsversorgung will natürlich auch die Union Verbesserungen.

Die Bürger- oder Einheitsversicherung bringt sie aber nicht. In Großbritannien ist sie Realität. Das Ergebnis ist verheerend. Wir möchten die Qualität unseres Gesundheitswesens über den Wettbewerb zwischen privaten und gesetzlichen Kassen sichern, was nicht bedeutet, dass hier alles beim Alten bleiben soll, wenn ich auf die unterschiedlichen Wartezeiten in den Praxen schaue.

Die SPD will Kassenpatienten besserstellen – und dringt auf eine einheitliche Honorarordnung für Ärzte...

Eine pauschale Angleichung der Ärzthonorare würde vermutlich fünf Milliarden Euro kosten. Die bringt uns auch nicht weiter. Stattdessen sollten wir uns um eine bessere Ärzteversorgung im ländlichen Raum kümmern. Wir brauchen neue Anreize, damit sich mehr Ärzte auf dem Land ansiedeln. Höhere Honorare für die Behandlung von Kassenpatienten wären ein sinnvolles Instrument.

Welchen Spielraum sehen Sie bei der Zuwanderung – gerade mit Blick auf den Familiennachzug für Flüchtlinge?

Bei der Zuwanderung müssen wir von der Integrationsfähigkeit unseres Landes ausgehen. Die SPD weiß doch ganz genau, wie die Lage in den Kommunen ist. Zur Erinnerung: Es wurden doch auch 2017 rund 190.000 neue Asylanträge registriert. Das ist eine mittlere

Jeder Tag, der ohne neue Regierung vergeht, erhöht nicht gerade das Vertrauen in die Parteien und die Demokratie

Großstadt. Es gibt auch heute Familiennachzug. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die SPD-Führung dem verschließen will. In den Sondierungen haben wir eine ausgewogene Lösung für den Familiennachzug auch für subsidiär geschützte Personen gefunden, die schon eine Härtefallregelung ist.

Sie beharren darauf, den Familiennachzug auf 1000 Menschen pro Monat zu begrenzen?

Wir werden versuchen, die SPD davon zu überzeugen. Die Begrenzung auf 1000 Personen ist für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus sehr sinnvoll.

Wann steht die neue Regierung im günstigen Fall?

Wir sollten in zwei bis drei Wochen mit den Verhandlungen fertig sein. Es ist generell richtig, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht. Aber das Tempo zählt mittlerweile auch. Die Bürger sind

des Wartens müde. Jeder Tag, der ohne neue Regierung vergeht, erhöht nicht gerade das Vertrauen in die Parteien und die Demokratie. Auch das muss jedem vor Augen stehen.

Die SPD-Führung ist entschlossen, ihre Partei von Grund auf zu reformieren. Wann erneuert sich die CDU?

Wir haben in der CDU einen ständigen Prozess der inhaltlichen Erneuerung. Wir bleiben unseren Grundsätzen treu – und stellen uns dabei den Veränderungen der Zeit. Ich nenne nur die ganze Diskussion über die Digitalisierung.

Und personell?

Auch das findet in der CDU ständig statt. Wir haben jetzt einen ganz jungen Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein, Daniel Günther, und mit Armin Laschet einen neuen Mann in Nordrhein-Westfalen.

Wie ist es nach siebzehneinhalb Wochen versuchter Regierungsbildung um die Autorität der Kanzlerin bestellt?

Die Kanzlerin besitzt eine ungebrochene Autorität. Das zeigt sich schon daran, dass die CDU keinen Parteitag braucht, um von Sondierungen zu Koalitionsverhandlungen zu kommen. Und wenn ich in die Partei hineinnehre, wird ganz klar: Jawohl, Angela Merkel soll eine neue Regierung anführen.

SPD verliert nach Parteitag weiter in Wählergunst

Sozialdemokraten beraten über weiteres Vorgehen – die CSU wird ungeduldig

BERLIN/BRÜSSEL :: Nach ihrer Parteitags-Entscheidung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen fällt die SPD offenbar weiter in der Wählergunst. Laut einer forsa-Umfrage für RTL/n-tv vom Montag kämen die Sozialdemokraten bei Neuwahlen jetzt nur noch auf 17 Prozent, einen Punkt weniger als in der gleichen Umfrage vor einer Woche. Die SPD läge damit nur noch vier Punkte vor der AfD. Die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD kamen gestern Abend in der CDU-Zentrale in Berlin zu ersten Gesprächen zusammen, um das gemeinsame weitere Vorgehen zu beraten.

Die SPD braucht aber noch Zeit für interne Beratungen. Sie müsse weiter klären, „auf welcher Grundlage, welcher strukturellen und auch mit welcher personellen Zusammensetzung“ sie in die anstehenden Gespräche mit der Union gehe, sagte SPD-Chef Martin Schulz nach einer Sitzung der Bundestagsfraktion in Berlin.

Bei der Union verliert man so langsam die Geduld: CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer sagte: „Geduld ist jetzt nicht so meine große Stärke, aber mittlerweile muss man neben Barmherzigkeit und Rücksicht auch Geduld mitbringen.“ Die SPD hatte das knappe Ja zu Koalitionsverhandlungen beim Parteitag am Sonntag damit verbunden, noch Forderungen beim Arbeitsmarkt sowie in der Gesundheits- und Flüchtlingspolitik durchzusetzen. Die Union sieht dagegen kaum mehr Verhandlungsspielraum.

Unterdessen werden nun auch in der CDU Forderungen nach Nachbesserung der Sondierungsergebnisse laut. Der CDU-Europaabgeordnete Hermann Winkler übt scharfe Kritik am Europateil der Vereinbarung: „Deutschland ist mit der Osterweiterung der EU in die Mitte Europas gerückt, aber im Sondierungsergebnis liegt der Fokus nur und einseitig auf der Kooperation mit Frankreich und Westeuropa“, sagte Winkler dieser Zeitung. „Im Koalitionsvertrag muss es da Nachbesserungen geben.“

Die kleinen EU-Mitgliedsstaaten und vor allem die osteuropäischen Mitgliedsländer blieben vollkommen außen vor und spielten im Sondierungspapier keine Rolle – dabei seien sie insbesondere für Ostdeutschland von großer strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung, sagte der ehemalige Chef der sächsischen Staatskanzlei.

Er kritisierte ebenfalls, dass in den Sondierungen von Union und SPD bessere Beziehungen zu Russland keine Rolle gespielt hätten, obwohl Russland ein strategisch wichtiger Partner Deutschlands und Europas sei. „Im Hinblick auf den Koalitionsvertrag erwarte ich da einfach mehr auf Bundesebene“, sagte der EU-Abgeordnete (ck/mün)



CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer muss sich in Geduld üben dpa/Balk

Drei Schutzengel für Martin Schulz

Nahles, Dreyer und Schwesig retten beim GroKo-Parteitag den geschwächten SPD-Vorsitzenden – aber nur zwei der drei Frauen wollen nach ganz oben

TIM BRAUNE

BERLIN :: Beide haben nur ein paar Stunden geschlafen. Nach dem Parteitag in Bonn, wo die Sozialdemokraten sich nur mit knappem 56 Prozent zu einem Ja für Koalitionsverhandlungen mit der Union durchdrangen, waren Andrea Nahles und Martin Schulz am Montagmorgen schon wieder in Berlin unterwegs. In einer Sondersitzung informierten sie die SPD-Bundestagsabgeordneten, wie der Fahrplan Richtung GroKo aussehen soll. Nahles, im schwarz-grauen Hosenanzug mit großem Kragen – bekam in der von ihr geführten Fraktion viel Lob für ihre Bonner Ruck-Rede. Ohne Nahles („Wir werden verhandeln, bis es quietscht!“) wäre die Sache in Bonn vielleicht schiefgegangen. Auch die rheinland-pfälzische

Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die den Parteitag mit einer klugen Rede eröffnete, und ihre Amtskollegin in Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, sorgten mit dafür, dass Schulz am Rhein karrieretechnisch nicht baden

ging. Nahles, Dreyer, Schwesig – gegen ihren Willen läuft in der SPD so gut wie nichts. Alle drei sind zwar schon lange im Geschäft – aber trotzdem Hoffnungsträgerinnen bei der überfälligen Erneuerung der verkrusteten Sozialdemokratie.

Dreyer war in Bonn eine Schlüsselfigur. Sie genießt hohes Ansehen in der SPD, wurde im Dezember mit mehr als 97 Prozent zur Bundesvizin gewählt, verteidigte 2016 nach riesigem Rückstand in den Umfragen ihren Regierungsjob in Mainz.

Nach dem Jamaika-Scheitern trommelte sie dafür, dass die SPD eine von Angela Merkel angeführte Minderheitsregierung dulden sollte. Sie sei keineswegs zu einem GroKo-Fan mutiert: „Die Situation hat sich geändert, nicht die Argumente“, betonte sie in Bonn. Schwarz-Rot sei ein Zweckbündnis, die „Ultima Ratio“. Die SPD könne aber nicht in eine Neuwahl mit jenen Themen ziehen, die man mit der Union jetzt umsetzen könne. Sie persönlich habe die hartleibige Position der Union beim Familiennach-

zug von Flüchtlingen mit eingeschränktem Schutzstatus sehr geschmerzt. Da wolle die SPD noch mal ran: „Aber keiner kann das hier versprechen.“ Dreyer knöpfte sich wie Nahles CSU-Mann Alexander Dobrindt vor. „Ich lasse mir die Butter nicht vom Brot nehmen von Menschen wie Herrn Dobrindt.“ Die SPD müsse vieles besser machen: „20,5 Prozent dürfen kein Dauerzustand sein.“ Aber SPD-Chefin und Kanzlerkandidatin? Berlin sei kein Thema: „Ich stehe nicht zur Verfügung, weder heute noch morgen noch in zwei Jahren.“

Schwesig fiel in Bonn ebenso positiv auf. Die Ex-Familienministerin, seit vergangenen Sommer „Landesmutter“ in Schwesig, pries die mit einer GroKo geplanten „Mega-Investitionen“ in die Bildung und eine Milliarde Euro zur Be-

kämpfung der Kinderarmut. Schwesig ist ehrgeizig, will aber erst in „Meckpomm“ eine Wahl gewinnen. So ist Nahles derzeit Nummer eins der SPD-Topfrauen – nach der ganzen Macht will aber auch sie (noch) nicht greifen. Die Union versucht, aus den Bonner Verhältnissen Kapital zu schlagen und Schulz zu schwächen. So marschierte Dobrindt im Bundestag bei der deutsch-französischen Feiertage zu 55 Jahren Élysée-Vertrag zu Nahles' Platz, gratulierte ihr zur Parteitagperformance. Nahles steht aber loyal zu Schulz. Der will seine Linie durchziehen. Er bekam in der Fraktion mehr Applaus als in Bonn. Der SPD-Chef soll sinngemäß seinen Rivalen Olaf Scholz mit dem Satz zitiert haben: „Wenn man bei mir Führung bestellt, bekommt man sie auch.“



Mächtiges SPD-Trio: Fraktionschefin Andrea Nahles und die Ministerpräsidentinnen Malu Dreyer (Rheinland-Pfalz) und Manuela Schwesig (Mecklenburg-Vorpommern, v.l.) imago